



Kinder beim Besuch des Schulzahnarztes in Monheim am Rhein: „Die Leistung muss beim Kind ankommen“

SOZIALPOLITIK

Die Mär vom armen Kind

Hunderttausende Kinder gelten in Deutschland als arm, doch ihr größtes Problem ist nicht der Mangel an Geld. Viele leiden unter Verwahrlosung und der Gleichgültigkeit ihrer Eltern. Selbst die jüngsten Hartz-IV-Pläne der Regierung bieten da keine Lösung. *Von Alexander Neubacher*

Der Tag fängt schlecht an für die Kinder an der Hermann-Gmeiner-Grundschule in Monheim am Rhein – die Schulzahnärztin ist da. Antje Krayer kommt vom Kreisgesundheitsamt Mettmann und hat eine blaue Tüte mit Zahnbürsten, Mundspiegeln und Fluorid-Gel-Tuben mitgebracht. 20 Mädchen und Jungen aus der 2a haben sich schnell die Zähne geputzt.

Die Gmeiner-Grundschule liegt in einer Hochhaussiedlung; die meisten Familien leben hier von Hartz IV. Für das Gesundheitsamt ist dieser Teil von Monheim Katastrophengebiet.

Sven*, 7, ist an der Reihe. Krayer ahnt, was kommt. Schon beim Zähneputzen ist ihr aufgefallen, wie ungelenk der Junge die Bürste mit der Faust umklammert. Und jetzt fängt auch noch sein Zahnfleisch

an zu bluten. Sechs Zähne sind von Karies zerfressen.

Sven zuckt zurück, als sich die Ärztin mit dem Mundspiegel über ihn beugt. Bei der letzten Schuluntersuchung im März hat er einen gelben Zettel für seine Eltern mitbekommen. Darauf stand der Hinweis, dass er dringend zum Arzt müsse. Adresse und Telefonnummer der Zahnklinik waren gleich daneben notiert.

Warum er nicht beim Arzt war? Sven schüttelt den Kopf. Was die Mama dazu sagt? Der Junge schweigt. Papa? Welcher Papa?

Letztlich geht es um das bedrückendste Problem der deutschen Sozialpolitik: Ab diesem Montag berät die Bundesregierung darüber, wie Problemkindern wie Sven geholfen werden kann. Bundessozialministerin Ursula von der Leyen will die entscheidenden Details ihres Reformentwurfs für das Hartz-IV-System

vorlegen. Mehr als 40 Milliarden Euro sollen künftig auf gerechtere Weise verteilt werden, die vor allem den 1,7 Millionen betroffenen Kindern nutzt. Es geht um viel Geld. Und um Gefühle.

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagt, sie rechne mit einer emotionalen Diskussion. Die Mehrheit der Deutschen hält die bestehenden Gesetze für ungerecht. Hartz IV ist für viele zur Chiffre für Bürokratie und Sozialabbau geworden. Ursula von der Leyen versucht, den Namen „Hartz“ in der Öffentlichkeit möglichst nicht laut auszusprechen. Sie würde lieber von „Basisgeld“ sprechen, aber das ist nur eine Etikettenfrage.

Seit Wochen sorgt das Thema für Querelen zwischen CDU, CSU und FDP. Vertreter der von der SPD mitregierten Bundesländer lehnten die Reform bereits zu einem Zeitpunkt ab, als noch kein einziges Detail auf dem Tisch lag. Funktio-

* Name von der Redaktion geändert.

näre von Sozialverbänden kündigen Proteste an.

Der Anlass der Reform ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Die Richter verlangen, dass die Bundesregierung eine nachvollziehbare Berechnung der Hartz-IV-Sätze vorlegt. Sie monierten nicht, dass die Sätze zu niedrig seien, stellten aber klar, dass Kinder einen eigenen Rechtsanspruch auf staatliche Hilfe haben; es war ein bahnbrechender Richterspruch.

Für die Politik wäre das Urteil eine gute Gelegenheit, sich die Frage zu stellen, was bislang schiefgelaufen ist. Die Bilanz der Familien- und Sozialpolitik der letzten Jahrzehnte ist schlecht, nicht nur wegen der sinkenden Geburtenzahlen. Jahr für Jahr gibt Deutschland mehr Geld aus, um beim Nachwuchs Chancengleichheit herzustellen. Doch ab dem Tag ihrer Geburt fallen Kinder aus der Unterschicht hinter die anderen zurück, und zwar mit und ohne Migrationshintergrund.

Welche Perspektiven ein Kind hat, hängt häufiger als in anderen Industrieländern von seiner Herkunft ab. Die Chance, später Abitur zu machen, ist für Akademikerkinder fast viermal größer als für Kinder von Eltern mit einem geringeren Bildungsabschluss.

Die vor einigen Tagen veröffentlichte Shell Jugendstudie kommt zu dem Schluss, dass sich die Kluft zwischen den Milieus weiter vergrößert, obwohl die Regierung seit Jahren das Gegenteil verspricht. Hohe Kosten, geringe Wirkung – so bewertet die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die deutsche Familienpolitik.

Das Problem sind Kinder wie Sven, denen die Zähne im Mund verfaulen, weil sie nicht einmal wissen, wie man eine Zahnbürste hält. Es geht um Eltern, die ihren Kindern morgens noch nie ein Schulbrot geschmiert haben, aber sie den ganzen Tag vor dem Fernseher sitzen lassen. Es geht um Familien, die gar nicht merken werden, wenn sie von der Bundesregierung demnächst mehr Geld für Kinderbücher oder einen Gutschein für die Leihbibliothek bekommen: In diesen Familien wird den Kindern so oder so nie eine Geschichte vorgelesen.

Irritierenderweise dreht sich der politische Streit innerhalb der Regierung bislang um die theoretische Frage, wie weit sich der Staat, wie weit sich Ursula von der Leyen in die Erziehung einmischen darf oder muss. Bei den Oppositionsparteien im Bundestag herrscht dagegen der Eindruck vor, Hartz IV sei für ein Leben in Würde eh zu wenig, weshalb die Sätze drastisch steigen müssten, je höher, desto besser.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband schlug einen Satz von weit über 400 Euro für Erwachsene vor. Der Deutsche Kinderschutzbund fände es angemessen, wenn für Kinder aus Hartz-IV-Familien



CHRISTOPH PAPSCH (L.); MS-UNGERDE (R.)

Ministerinnen von der Leyen, Schröder: Hohe Kosten, geringe Wirkung

demnächst 502 Euro im Monat gezahlt würden. Tatsächlich bedeutet Hartz IV ein bescheidenes Leben ohne Extras, aber die Behauptung, es stürze Kinder ins Elend, ist falsch.

Einige Familien und Alleinerziehende haben sich gegenüber der alten Sozialhilfe verbessert. Die Leistungen für Kinder wurden in den vergangenen Jahren mehrfach erhöht. Interne Berechnungen des Bundessozialministeriums zeigen, dass die alten Regelsätze für Kinder die Verhältnisse in vergleichbaren Haushalten ohne Hartz IV realitätsnah abbildeten.

Welche Zukunftschancen ein Kind hat, entscheidet sich nicht vorrangig an der Höhe des Regelsatzes. Es ist die Lebenslüge des deutschen Sozialstaats, dass man nur genug Geld ausschütten müsse, um Gerechtigkeitslücken aufzufüllen.

Das Problem der Kinder hat maßgeblich damit zu tun, dass sie von ihren Eltern nicht einmal gezeigt bekommen, wie man sich die Schnürsenkel bindet. Es handelt sich um Mädchen und Jungen, die wegen zu viel Fast Food, Fernsehen und Phlegma ihrer Eltern eher Überflüssigkeits-Symptome wie Übergewicht und Zahnfäule aufweisen als Anzeichen des Mangels.

In diesem Milieu wirkt Hartz IV nicht selten wie eine Stillegeprämie. Je mehr Kinder, desto größer der Anreiz für die Eltern, sich in der Arbeitslosigkeit einzurichten.

Die nun geplante Reform wird diesen Konstruktionsfehler von Hartz IV allerdings nicht beheben, im Gegenteil. Eine vierköpfige Hartz-IV-Familie kommt, abhängig von ihrer Miete, schon jetzt auf bis zu 1800 Euro Stütze im Monat, zuzüglich Extrageldern etwa für die Babyerstausstattung oder Klassenfahrten.

Da lohnt es sich für einen Lagerarbeiter oder eine Verkäuferin in vergleichbarer Lage eigentlich kaum, einer regulären Arbeit nachzugehen, zumal sie als Arbeitnehmer auch Bus- und Bahntickets und die vollen Rundfunkgebühren von ihrem Lohn bezahlen müssen.

Der Wirtschaftsweisen Wolfgang Franz sagt: „Wer Arbeitslosengeld II bezieht, gering qualifiziert ist und Kinder hat, steht einschließlich der Zuschläge häufig finanziell besser da als der Nachbar mit schlechtbezahlter Vollzeitstelle.“ Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat berechnet, dass ein zweifacher Familienvater etwa 10 Euro Stundenlohn verdienen muss, um Hartz-IV-Niveau zu erreichen – also mehr als die 8,50 Euro Mindestlohn, die die Gewerkschaften fordern.

„Es zeigt sich, dass der Staat das Elend vieler Kinder am Ende nicht bekämpft, sondern sogar noch vergrößert“, sagt der Ökonom Hans-Werner Sinn, Chef des Münchner Ifo-Instituts. „Die Gefahr besteht, dass wir das Milieu nicht aufbre-

chen, sondern stabilisieren“, warnt Heinz Buschkowsky, SPD-Bürgermeister im Berliner Stadtteil Neukölln.

„Die Leistung muss beim Kind ankommen“, sagt Ministerin von der Leyen. Einige ihrer Vorschläge gehen deshalb in die richtige Richtung, etwa der Plan für eine kostenlose Schulspeisung. Doch gemessen an ihrem Anspruch ist der Gesetzentwurf eine Enttäuschung.

Zusätzliche Milliarden sollen in den nächsten Jahren in ein Fürsorgesystem gepumpt werden, das den bedürftigen Kindern keinen Nutzen bringt. Es sieht so aus, als würde Schwarz-Gelb die vom Bundesverfassungsgericht erzwungene Gelegenheit für eine echte Reform verschleppen.

Deutschland ist ein armes Land, so steht es jedenfalls in der offiziellen EU-Statistik. Die sogenannte Armutsgefährdungsquote beträgt 15 Prozent;

mehr Frauen aus materieller Not zur Prostitution gezwungen seien, und zwar, anders als anhand der EU-Statistik zu vermuten wäre, auf seiner Seite der Grenze.

Dass sich die Armutsdaten so schlecht mit der Wirklichkeit in Einklang bringen lassen, liegt am Verfahren, mit dem die Armut gemessen wird. Ob ein Mensch genug zu essen und zu trinken hat sowie über dem Kopf ein wärmendes Dach, ist unerheblich. Die Armut, von der vergangene Woche beim Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen in New York die Rede war, spielt keine Rolle.

Den EU-Zahlen liegt ein relativer Armutsbegriff zugrunde. Von Armut bedroht ist demnach, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens in seinem Land vorweisen kann.

In Deutschland liegt diese Hürde für eine vierköpfige Familie bei 1885 Euro im Monat, in Tschechien bei etwa 1020 Euro.

Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, halbironisch in seinem neuen Buch. Das freilich wäre für die Statistik ein Segen: Wenn keiner was hat, beträgt die Armutsgefährdungsquote null.

Doch die Armut ist in der Statistik inzwischen so fest verankert, dass sie unbesiegt ist. Der Sozialstaat kann noch so viel Geld verteilen. Die Zahl der Kinder unter sieben Jahren, die von staatlichen Transfers leben, hat sich seit 1965 verzehnfacht. Die Lebensverhältnisse eines heutigen Hartz-IV-Empfängers sind freilich nicht schlechter als der Standard eines normalen Arbeitnehmerhaushalts in den sechziger Jahren.

Wenn der Historiker Paul Nolte von seiner Kindheit in den siebziger Jahren erzählt, dann klingt das aus heutiger Sicht wie eine Geschichte vom untersten Rand der Gesellschaft: „Wir waren vier Kinder zu Hause, selbstverständlich konnte die

Butter nur gekratzt werden. Abends gab es Margarine. Gebrauchte Kleidung älterer Cousins wurde aufgetragen.“

Als Kind sei ihm das eigentlich ganz normal vorgekommen, sagt Nolte, aber „heute wird daraus eine Armutsschlagzeile“.

Etwa 8500 Kinder untersucht Schulzahnärztin Krayer vom Gesundheitsamt Mettmann jedes Jahr, das macht insgesamt mehr als 200 000 Zähne. Dabei hat sie eine bemerkenswerte Beobachtung gemacht: „Einige wenige Kinder haben immer mehr Löcher in den Zähnen.“

Es gibt eine Kennziffer für jeden Zahn und drei Buchstaben als mögliche Diagnosen. „d“ steht für das englische Wort „decayed“, zu Deutsch „verfault“; es bedeutet, dass der Zahn dringend behandelt werden muss. Der Buchstabe „m“ für „missing“ steht für eine Lücke im Gebiss. Und „f“ („filled“) heißt,

dass ein Zahn schon einmal behandelt wurde. Auf diese Weise ermitteln Zahnärzte den sogenannten „dmf-t“-Wert, eine Art Kariesindex.

Das Mettmanner Kreisgesundheitsamt hat die Entwicklung genau analysiert. Fast 20 000 Kinder an fast 100 Grundschulen haben Krayer und ihre Kollegen untersucht. Der durchschnittliche „dmf-t“-Wert liegt bei 1,62, ein Erfolg, den sie auf ihre gute Arbeit in den letzten Jahren zurückführen. In ganz Deutschland ist die Kariesverbreitung in den vergangenen Jahrzehnten um etwa 80 Prozent zurückgegangen.

Doch an etwa 2600 Kindern im Kreis Mettmann geht dieser medizinische Fortschritt vorbei. Deren Zähne verfaulen, was besonders auffällt, seit ihre Banknachbarn



Jugendliche in der Betreuungseinrichtung Arche in Berlin: „Sind wir nicht alle irgendwie arm?“

bald jeder sechste Deutsche ist demnach von Armut bedroht. In keinem der angrenzenden Nachbarstaaten sieht es schlechter aus. Von Verhältnissen wie in Tschechien (9 Prozent) kann Deutschland nur träumen. Näher liegen wir an Bulgarien (21 Prozent).

Zweifel am Bild vom angeblichen deutschen Elend werden freilich geweckt, wenn in derselben Berichtsreihe zu lesen ist, dass ein Drittel der Bulgaren jeden zweiten Tag Hunger leidet und kein Geld hat, um winters die Wohnung zu beheizen. Und das angebliche Musterland Tschechien?

Vor einiger Zeit hat sich der Bürgermeister einer tschechischen Grenzgemeinde darüber beklagt, dass mehr und

Auch der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung beruht auf der Theorie, dass Armut erstens relativ und zweitens ganzheitlich zu betrachten sei, so hat es sich in der soziologischen Begleitforschung zum Thema durchgesetzt. Mit diesem Ansatz konnten die Experten das Armutsverständnis im Laufe der Jahre immer weiter ausdehnen. Von einem „Mangel an Teilhabe“ ist die Rede, von „sozialer Ausgrenzung“, vom „Mangel an Verwirklichungschancen“ und von gesellschaftlicher „Exklusion“, die aus den dunklen Wirkmächten des kapitalistischen Systems resultiere.

Armut wird so zu einem echten Massenphänomen. „Sind wir nicht alle irgendwie arm?“, fragt Ulrich Schneider,



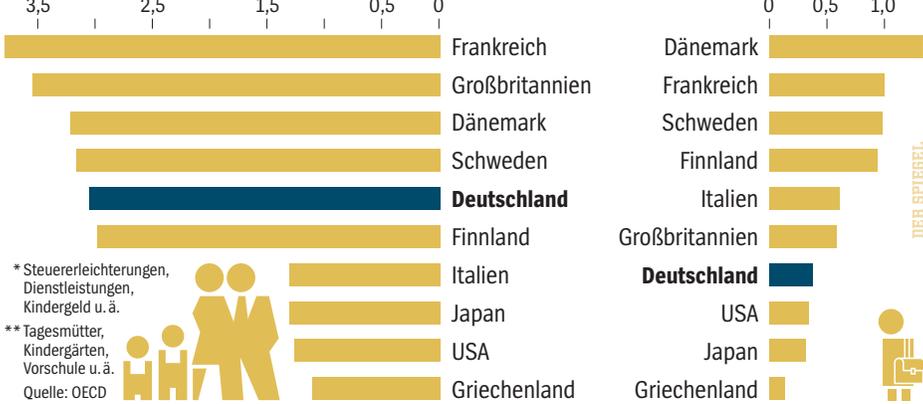
CARSTEN KORNAL / VISUM

Grundschüler beim Sportunterricht in Berlin: Raus aus der Playstation-Hölle

Investitionen in die Zukunft

Öffentliche Ausgaben für Familien*
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2005

Öffentliche Ausgaben für die Kinderbetreuung**
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2005



* Steuererleichterungen, Dienstleistungen, Kindergeld u. ä.
** Tagesmütter, Kindergärten, Vorschule u. ä.
Quelle: OECD

DER SPIEGEL

so schöne Zähne haben. Zehn Prozent der Kindergartenkinder und acht Prozent der Schulkinder im Kreis Mettmann haben große Probleme, ein Trend, den Zahnärzte deutschlandweit beobachten. Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung spricht von einer „Kariespolarisation“.

Mediziner haben eine ganze Reihe unterschichtstypischer Kinderkrankheiten identifiziert, die sich mit einem Mangel an Geld allein nicht erklären lassen: motorische Schwächen, häufigere Mandelentzündungen, Herpes. Kinder und Jugendliche aus der Unterschicht werden überdurchschnittlich oft bei Verkehrsunfällen verletzt. Das Robert Koch Institut fand heraus, dass viele bei der Geburt weniger wiegen, weil ihre Mütter häufiger während der Schwangerschaft rauchen. Bis zur Pubertät holen Unterschichtskinder ihren Gewichtsrückstand aber auf – und leiden dann dreimal so häufig an Fettleibigkeit.

Bei der Kariesverteilung ist die Entwicklung umso bemerkenswerter, als der Staat seit Jahren versucht, das Problem in den Griff zu kriegen. Die Früherkennung für Kinder ab 30 Monaten gehört zum Pflichtkatalog der gesetzlichen Krankenkassen, ebenso die Zahnschmelzhärtung für Kinder ab sechs Jahren. Die Praxisgebühr entfällt, damit nur ja kein Termin am Geld scheitert.

Sogenannte Prophylaxe-Assistenten klappern die Kitas und Grundschulen ab, Problembezirke genießen besondere Aufmerksamkeit. In den Schulen von Berlin-Neukölln zum Beispiel schaut die Landesarbeitsgemeinschaft zur Verhütung von Zahnerkrankungen bis zu dreimal im Jahr vorbei. Um den „dmf-t“-Index zu besiegen, bietet der Staat seine ganze Kraft auf.

Doch alle Mühe ist umsonst, wenn Mama und Papa nicht mitziehen. „Ein Fünftel der Eltern geht mit den Kindern

einfach nicht zum Zahnarzt“, sagt Medizinerin Krayer, „da können wir nichts machen.“ Wie also soll man diese Menschen mobilisieren?

Vor zwei Jahren kam der rot-rote Senat in Berlin auf eine Idee, wie den vielen Bedürftigen in der Hauptstadt geholfen werden könnte. Das Thema liegt der Lokalpolitik am Herzen. Jedes dritte Kind wächst in einer Hartz-IV-Familie auf. In Berlin gibt es das größte Jobcenter Deutschlands. Und so stellte die damalige Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner von der Partei Die Linke Ende 2008 den „Berlinpass“ vor.

Es handelt sich um einen violetten Ausweis im Scheckkartenformat, der dazu berechtigt, zu ermäßigten Preisen oder gar kostenlos Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulkurse und den Zoo zu besuchen. Die Fußballvereine Hertha BSC und 1. FC Union bieten Rabatte an, ebenso die Cineplex-Kinokette und das Lego-land im Sony-Center. Die besten Plätze in der Staatsoper kosten für Berlinpass-Besitzer nur drei Euro. Einzige Bedingung ist, dass eine halbe Stunde vor Veranstaltungsbeginn noch Karten übrig sind.

Etwa 700 000 Berliner hätten Anspruch auf den Ausweis. Doch nicht einmal die Hälfte macht davon Gebrauch. 304 000 gültige Pässe waren zuletzt in Umlauf, die meisten davon in Verbindung mit der verbilligten Netzkarte für Bus und Bahn.

150 000 Kinder aus Hartz-IV-Familien könnten mit dem Berlinpass kostenlos in den Sportvereinen mitmachen, eine Idee des Landessportbundes. Doch derzeit machen weniger als 1900 Kinder von dem Angebot Gebrauch.

Und auch das Kulturprogramm zielt offenbar am Bedarf vorbei. Obwohl der Senat mit Plakaten, Aufklebern und Anzeigen immer wieder Reklame macht, kommt die Nachfrage nach billigen Drei-Euro-Tickets an den Abendkassen der Opern- und Schauspielhäuser einfach nicht in Schwung. Der frühere Kultursenator Thomas Flierl holte Schüler aus dem Problembezirk Hellersdorf sogar mal persönlich mit dem Bus ab. Auf dem Spielplan des Theaters an der Parkaue stand „Red Cap Massacre“, eine moderne Version des Märchens von Rotkäppchen und dem bösen Wolf.

Obwohl sich der Regisseur Mühe gegeben hatte, das Stück mit extra-jugendlicher Rap-Sprache aufzupeppen („Was hat das Leben noch zu bieten, außer in der Scheiße liegen?“), hielt sich die Begeisterung der Besucher aus Hellersdorf offenbar in Grenzen. An einem weiteren Termin mit dem rührigen Kultursenator bestand kein Interesse.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat untersucht, was Kinder, abhängig von ihrer Herkunft, in

ihrer Freizeit machen. Als einkommensstarke Schicht definieren sie Haushalte, die über mindestens 150 Prozent des mittleren Einkommens verfügen. Als einkommensschwach gelten jene, die weniger als 70 Prozent des Mittelwerts haben.

Die Forscher konnten dabei auf die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zugreifen, einer Langzeitbeobachtung, die die Lebensverhältnisse in Deutschland präzise abbildet. Der Aufwand, der für die Studie betrieben wird, ist groß. Mehr als 11 000 Haushalte werden dazu seit Jahren immer wieder befragt. Die Interviews dauern bis zu einer Stunde; es gibt Fragebögen in sieben Sprachen. Sich als Teilnehmer zu bewerben ist zwecklos. Alle Testpersonen werden streng nach Zufallskriterien ausgewählt.

Die Wissenschaftler zeigen anhand der SOEP-Daten auf, dass die gängigen Vor-

an der Musik-AG wie alle anderen. In der Sport-, Kunst- und Theater-AG sind sie sogar leicht überdurchschnittlich vertreten. „Es sieht so aus, als hätten es die Schulen in der Hand, unsere Sorgenkinder in ganz normale Mädchen und Jungen zu verwandeln“, sagt der DIW-Forscher Markus Grabka.

Die Frage ist, ob die Schulen dazu bereit und in der Lage sind.

Es ist noch nicht mal halb zehn, als die Kinder in der Gesundbrunnen-Grundschule im Berliner Wedding die härtesten Tests schon bestanden haben: erst Hopperlauf, dann Krabbeln auf allen Vieren und schließlich Rückwärtsrennen. Alles hat gut geklappt, auch bei den Kindern, die fünf Kilo Übergewicht herumschleppen. „Klasse Leistung“, lobt Trainerin Louisa Muehlenberg.

zahlen müssten. Der Verein hat eine Abteilung aufgebaut, um die Kinder auf andere Weise zu erreichen. Es gibt einen Etat von etwa einer halben Million Euro. Koordinator ist der frühere Nationalspieler Henning Harnisch, selbst Vater von zwei Kindern.

Der Plan sieht vor, dass der Basketballclub seine Jugendtrainer in Schulen schickt, die den Kindern gern mehr Sportunterricht anbieten würden. Die Hälfte der Kosten übernimmt Alba; die Schule trägt noch etwa zwölf Euro Honoraranteil pro Unterrichtsstunde. Es klingt nach einer guten Idee, zumal für Schulen in Problemvierteln wie dem Berliner Wedding, wo mehr als 90 Prozent der Kinder aus Hartz-IV-Familien stammen.

Mehr als 100 Schulen hat Harnisch in den vergangenen Monaten besucht. Bisweilen wurde ihm nicht mal eine Tasse

urteile über die Unterschicht leider alle zutreffen.

Babyschwimmen und Kinderturnen kommen eher selten vor. Frühkindliche Musikerziehung: wenig Interesse. Sonstige Eltern-Kind-Gruppen: finden weitgehend ohne die Unterschicht statt. Bei den älteren Kindern und Jugendlichen setzt sich dieser Trend fort. Außerhalb der Schule ist die Unterschicht bei praktisch jedem Hobby, ob Sport, Musik oder Jugendfeuerwehr, unterrepräsentiert. Lediglich Jugendzentren stehen vergleichsweise hoch im Kurs. Doch dann haben die DIW-Forscher eine erstaunliche Entdeckung gemacht.

Bei Freizeitaktivitäten, die gleich nach dem Unterricht in der Schule stattfinden, schließt sich plötzlich die Schere. Laut Studie beteiligen sich Kinder aus einkommensschwachen Familien genauso häufig

Die Turnstunde der Klasse 1/2 f ist Teil eines Experiments. Seit Beginn des neuen Schuljahres haben die Kinder schon vormittags dreimal pro Woche Sport. Dabei werden sie nicht nur von ihrer Lehrerin angeleitet, sondern auch von einer Vereinstrainerin vom Basketballverein Alba Berlin. Wie revolutionär das Konzept ist, wird klar, wenn man es mit den sonstigen Berliner Verhältnissen vergleicht. Demnach fällt der Sportunterricht an den Grundschulen schon deshalb häufig aus, weil es zu wenig Lehrer gibt.

Das Versuchsprojekt an der Gesundbrunnen-Grundschule geht auf eine besonders engagierte Schulleiterin und den Basketballverein zurück. Alba hat vor einiger Zeit die Hoffnung aufgegeben, dass Kinder aus Hartz-IV-Familien von allein zum Probetraining erscheinen, obwohl sie nicht mal einen Mitgliedsbeitrag be-

Kaffee angeboten. Wenn es gut lief, durfte er seine Trainer für eine AG am Nachmittag vorbeischicken, aber dann waren viele Kinder schon nach Hause gegangen.

Die Gesundbrunnen-Grundschule ist bislang die einzige Schule, in welcher der zusätzliche Sport Teil des Stundenplans ist. „Die Kinder müssen nicht aus ihrer Playstation-Hölle herausgelockt werden“, sagt Harnisch. „Sie sind einfach da und machen mit.“

Am Freitag dieser Woche hat Bundesfamilienministerin Kristina Schröder einen wichtigen Termin. Im Max-Liebermann-Haus am Brandenburger Tor will sie 50 Berliner Kindern ein Märchen vorlesen. Es soll ein Buch von Astrid Lindgren sein; die Ministerin hat sich eigens vom Deutschen Zentrum für Märchenkultur beraten lassen. Da gibt es das Mär-

chen vom bitterarmen Mädchen, das sich nichts sehnlicher wünscht als eine Puppe, mit der es spielen kann. Der Wunsch bleibt unerfüllt, bis ein geheimnisvoller Unbekannter auftaucht. Er schenkt dem Mädchen ein Samenkorn, das es einpflanzen und täglich gießen soll. Aus dem Korn wächst Mirabell, die tollste Puppe, die man sich vorstellen kann. Sie trägt einen roten Hut, und wenn kein Erwachsener mithört, kann sie sogar sprechen.

Schröder hat den Auftritt gut vorbereitet, um in dieser wichtigen Woche den Medien ein Bild der Fürsorglichkeit zu liefern. Sie würde gern ihr Image verbessern. Zu ihrem Bedauern gilt sie als allzu zahlenfixierte Ministerin, was freilich ein absurder Vorwurf ist, wenn man bedenkt, wie leichtfertig das Geld um sie herum verplempert wird.

Laut Bundesregierung kostet die Familienpolitik etwa 115 Milliarden Euro im Jahr, das entspricht gut einem Drittel des Bundesetats. Es gibt ungefähr 150 verschiedene Leistungen. Die Kommunen sind für die Kinder- und Jugendhilfe zuständig, die Länder für die Schulpolitik, der Bund für das Elterngeld. Ob das Geld sinnvoll ausgegeben wird, weiß niemand. Aus einer genauen Kosten-Nutzen-Bewertung, die Schröders Amtsvorgängerin von der Leyen vor vier Jahren ankündigte, ist bis heute nichts geworden.

Die OECD hat ermittelt, dass Deutschland vergleichsweise wenig Geld für Kinderbetreuung ausgibt. Überdurchschnittlich viel fließt direkt an die Eltern, vor allem durchs Kindergeld. Schwarz-Gelb hat den Satz erst vor neun Monaten auf 184 Euro kräftig erhöht. Dazu könnte man sich in Nachbarländern einiges anschauen.

Kurz nach der Geburt ihres Sohnes Christian bekam Dänemarks Kronprinzessin Mary schon Besuch vom Jugendamt. Eine Kinderkrankenschwester erkundigte sich, ob Mutter und Kind wohl auf seien, so ist es in Dänemark üblich. Das Ziel lautet, Problemfälle zu erkennen und den Familien so früh wie möglich Hilfe anzubieten. Für Königshäuser wird keine Ausnahme gemacht.

In Finnland besuchen eigens ausgebildete Gesundheitspflegerinnen die werdenden Mütter sogar in der Schwangerschaft. Es besteht ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kleinkindern. In den Schulen herrscht von morgens bis nachmittags Betrieb.

Als die Finnen Anfang der neunziger Jahre kurz vor dem Staatsbankrott standen, kürzten sie ihre Sozialleistungen, vor allem die Frühverrentungsprogramme, radikal zusammen und steckten das Geld in Kindergärten und Schulen. Der Erfolg stellte sich rasch ein. In den Pisa-Vergleichsstudien zum Bildungsniveau belegt

man regelmäßig Spitzenplätze. Auch der Wirtschaft geht es gut.

Mehr Betreuungsangebote sind der beste Weg, um Unterschichtskindern zu helfen, darin sind sich Experten einig. Der Kriminologe Christian Pfeiffer etwa hat in einer Studie belegt, dass sich die Aufstiegschancen von Migrantenkinder stark verbessern, wenn sie einen Ganztagskindergarten besuchen. Ohne Kita schafften es später nur neun Prozent auf ein Gymnasium, mit Kita 39 Prozent.

Investitionen in die Infrastruktur sind einem Gutschein-System überlegen, weil sie unmittelbar bei den Kindern ansetzen. Sie stigmatisieren die Betroffenen nicht, im Gegensatz zu einer Bedürftigenkarte wie dem Berlinpass, der bei Jugendlichen unter der Bezeichnung „Asi-Card“ firmiert.

Die Politik in Deutschland müsste daraus den Schluss ziehen, möglichst jeden verfügbaren Euro in Kitas und Schulen zu stecken. Damit wenigstens jedes dritte Kind in eine Betreuungseinrichtung gehen kann, müssten in den alten Bundesländern zusätzlich 320 000 Kita-Plätze entstehen. Doch der von der Großen Koali-

Die Familienpolitik der Bundesregierung steckt voller Widersprüche.

tion beschlossene Ausbau ist wegen der schlechten Haushaltslage bei Kommunen und Ländern ins Stocken geraten. Schleswig-Holstein hat das bislang kostenfreie letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung soeben abgeschafft – die schwarz-gelbe Landesregierung will sparen. Hamburg kürzt derweil bei den Kinderzähnen. Der schulzahnärztliche Dienst muss ab sofort mit 370 000 Euro im Jahr weniger auskommen.

Wie widersprüchlich auch die Politik der Bundesregierung ist, zeigt sich beim geplanten Betreuungsgeld. Im Prinzip besteht Einigkeit darüber, dass es Kindern aus der Unterschicht hilft, wenn sie möglichst früh in eine Kita gehen. Ab 2013 jedoch sollen ihre Eltern jeden Monat 150 Euro Belohnung bekommen, wenn sie ihr Kind eben nicht in eine Tagesstätte bringen, so steht es im Koalitionsvertrag.

Claudia Ullenboom, Direktorin der Hermann-Gmeiner-Grundschule in Monheim, sagt, sie sei froh über jede Stunde, die die Kinder in der Klasse verbringen anstatt zu Hause vor der Glotze. Ab halb acht gibt es Frühstück, am Nachmittag Spiele, Sport und Hausaufgabenbetreuung.

Mit Schulzahnärztin Antje Krayer hat Ullenboom neulich auch darüber geredet, wie sie einem Kind wie Sven helfen könnte. Sie haben einen Plan: Statt Deutsch oder Mathe-Unterricht werden in der Klasse morgens jetzt erst mal die Zähne geputzt. ♦